



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Hessen
Beiträge für ein Neues Hessen

Handlungsoptionen in schwieriger Zeit

Arbeit, Umwelt, Wirtschaft

3 plus 7 für Konjunktur und Wirtschaft – Hessen braucht Initiative

SPD Landesverband Hessen
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611 99977-0
Fax: 0611 99977-11
Mail: Landesverband.Hessen@spd.de



Kurzfassung:

Handlungsoptionen in schwieriger Zeit: Arbeit, Umwelt, Wirtschaft

3 plus 7 für Konjunktur und Wirtschaft – Hessen braucht Initiative

Wir brauchen umgehend eine konzertierte Aktion zur Unterstützung von Wirtschaft und Arbeit. Die Politik muss bei der Realwirtschaft genauso schnell helfen wie bei der Banken-Krise, ansonsten droht eine Ausweitung der Krise. Hessen muss dabei seine Rolle übernehmen.

A. Sofortmaßnahmen für die Konjunktur
--

1. Nachhaltige Werte - Verminderten Mehrwertsteuersatz - Privaten Konsum stärken, um Konjunkturimpuls zu setzen

Anwendung des verminderten Mehrwertsteuersatzes von 7% für besonders energieeffiziente oder klimafreundliche langfristige Konsumgüter (2009 und 2010).
Volumen: ca. 1% des Bruttoinlandsprodukts

2. Private Investitionen schützen – Wertschöpfungspotenziale erhalten

Auf der Investitionsseite wie z. B. Infrastruktur- und Energieeffizienzinvestitionen wollen wir zusätzliche Investitionen auslösen.

Volumen etwa 2 % des BIP. Dabei soll die europäische Ebene 0,5% BIP (65 Milliarden Euro), die nationale Ebene 1% BIP und (25 Milliarden Euro) und die regionale Landesebene insgesamt ebenfalls 0,5 % BIP (konkret für Hessen 1,2 Milliarden Euro) schultern. Die Investitionen gilt es 2009 und 2010 umzusetzen und ungefähr 4,3 Milliarden Euro nach Hessen zu holen oder hier zu veranlassen.

3. Öffentliche Investitionen in zukunftsfähige Infrastruktur vorziehen: Breitband, Straße und Schiene, Flughäfen, Telematik

Für Hessen bedeutet ein solches Investitionsprogramm für eine zukunftsfähige Infrastruktur, dass insbesondere das Verkehrswege- und Datenleitungsnetz ausgebaut werden muss. Die Versorgung mit schnellem Breitbandinternet im ländlichen Raum – egal ob kabelgebunden oder über neue Funktechnologien (WiMax) - muss einen hohen Stellenwert bekommen. Hier hinkt Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich hinterher.

B. Neue Wachstumfelder für die Hessische Wirtschaft

1. Erneuerung durch Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Wir wollen Hessen zum Vorreiter in Sachen Erneuerbare Energien machen. Eine nachhaltige, dezentrale und klimafreundliche Energiepolitik ist unser Ziel. Allein in Nordhessen kann mit bis zu 20.000 Arbeitsplätzen gerechnet werden. Schon heute sichern wir mit Spitzentechnologien in diesem Sektor den Industriestandort Hessen. Konkrete Maßnahmen sind:

- Vorranggesetz für Erneuerbare Energien
- Energieeffizienzprogramm durch einen Gewinnverzicht bei der Nassauischen Heimstätte sowie durch 0,5% Zinsanreizprogramme für Wohnungsgesellschaften in Hessen.
- Unterstützung des Gebäudesanierungsprogrammes des Bundes (rund 170.000 Arbeitsplätze werden gesichert oder geschaffen) durch landespolitische Maßnahmen, um so insgesamt rund eine Milliarde Euro für die Gebäudesanierung bereitstellen zu können.
- Investitionen in Wind- und Solarenergie. Wir holen damit 0,5 Milliarden an Investitionen nach Hessen.

2. Erneuerung braucht neue Förderinstitute: Wir verschmelzen die IBH mit der LTH, beseitigen die unsinnige Zersplitterung der hessischen Förderbanken, verdoppeln das hessische Gründungs- und Wachstumsfinanzierungsprogramm, um beides zu kombinieren. Damit holen wir 0,4 Milliarden Euro an Investitionen nach Hessen. Es gilt die chronische Unterausnutzung von Bundes- und Europaprogrammen in Hessen zu beenden.

Durch die Verschmelzung der IBH mit der LTH stärken wir zudem die Helaba und den öffentlichen Bankensektor insgesamt. Aus dem dabei frei werdenden Eigenkapital finanzieren wir die Maßnahmen für die Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU).

Zur weiteren Stärkung der Helaba sind wir bereit, aus den zusätzlichen Erlösen der stillen Einlagen des Fördervermögens – die die CDU leider im Haushalt „versenken“ will, obwohl sie für Förderung zweckgebunden sind – die Hälfte als neue stille Einlage in die Helaba (gegen wie immer angemessene Verzinsung) zu geben, um sie auch in schwierigen Zeiten zu stärken und Kreditvergabe in der Region auszuweiten.

3. Erneuerung des öffentlichen Bankensektors – Landesbank stärken

Es ist zu prüfen, ob die Helaba, auch im Interesse des Bankenplatzes Frankfurt, Teile der WestLB übernimmt. Selbstverständlich dürfen keine Verpflichtungen für die Helaba aus den Geschäften der WestLB entstehen.

4. Finanzplatz Frankfurt stärken und auf den Märkten der Zukunft positionieren

Im Steinbrück-Papier zur Finanzmarktkrise und sozialdemokratischen Antworten darauf, findet sich vieles, das nur in Hessen am Bankenplatz Frankfurt und mit Unterstützung einer hessischen Landesregierung umgesetzt werden kann.

Die engere institutionelle Verzahnung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank, kann sinnvoll nur in Frankfurt erfolgen, die SPD bietet dabei ausdrücklich ihre Unterstützung an und wird in einer Landesregierung dafür auch die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen schaffen.

Für neue Produktklassen, wie dem Handel von Klimazertifikaten werden wir Frankfurt ausbauen und die Börse bitten, Handelsplätze einzurichten. Sollte sie das nicht umsetzen, werden wir über die landesgesetzlichen Möglichkeiten solche Plattformen neu schaffen.

5. Öffentlich-Private Partnerschaften neu beleben: In Zeiten der Krise werden viele sinnvolle Infrastrukturprojekte – wie z. B. Public Private Partnerships, aber auch andere – gefährdet sein, weil für schrumpfende Banken das Kreditvolumen schwer zu schultern ist. Um zu vermeiden, dass Ausweichaktionen wie „cross-border-leasing“ in neuem Gewand (wobei sich die alten wegen der Krise der Kreditversicherungen für die Kommunen noch meist als kostspielige Abenteuer herausstellen werden) wiederkehrt, werden wir deshalb verstärkt (kostendeckende) Staatsbürgschaften einsetzen. In Zeiten der Krise sind klassische Finanzierungsmodelle die schnellsten und die besten. Damit entblockieren wir 0,4 Milliarden Euro.

6. Erneuerung braucht Mittelstand und Fachkräfte: Alle Aktivitäten der Wirtschaftsförderung – von der Neuordnung der Fördereinrichtungen selbst bis zu den einzelnen Förderprogrammen – müssen auf kleine und mittlere Unternehmen zugeschnitten werden. Die Bildungspolitik der Landesregierung wird auch darauf ausgerichtet sein, den großen Bedarf dieser Unternehmen an gut ausgebildeten Fach- und Führungskräften zu decken sowie lebenslanges Lernen zu fördern. Unternehmen und Land tragen für die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam Verantwortung – gerade auch im dualen Ausbildungssystem. Wir werden neben einer Gründungsförderung auch die bereits bestehenden Betriebe stärken.

7. Innovationen brauchen Forschung und Technologietransfer: Vorrangiges Ziel ist die Stärkung des operativen Technologietransfers durch regionale Transferzentren. Technologie- und Wissenstransfer müssen außerdem bei den Hochschulen einen höheren Stellenwert erhalten. Die bestehenden Strukturen innerhalb der Hochschulen sollen auf ihre Wirksamkeit untersucht und weiterentwickelt werden. Die Transferzentren können auch eine wesentliche Gestaltungsrolle beim Aufbau des Clustermanagements spielen.

Langfassung:

**Handlungsoptionen in schwieriger Zeit: Arbeit, Umwelt, Wirtschaft
3 plus 7 für Konjunktur und Wirtschaft – Hessen braucht Initiative**

Wir brauchen umgehend eine konzertierte Aktion zur Unterstützung von Wirtschaft und Arbeit. Die Politik muss bei der Realwirtschaft genauso schnell helfen, wie bei der Banken-Krise, ansonsten droht eine Ausweitung der Krise.

Wir brauchen auch einen Schutzschirm für Beschäftigung. Dabei helfen keine Strohfeuer, sondern nur eine konzertierte Aktion.

Der Sachverständigenrat hat bei der Vorstellung seines aktuellen Gutachtens diese Position ebenfalls eingebracht und die Auflage eines Wachstumspakets von rund 25 Mrd. Euro zur Steigerung der Binnennachfrage gefordert.

Deshalb schlage ich ein sofort umzusetzendes 3-Punkte-Programm als Sofortmaßnahme für die Konjunktur sowie 7 Punkte für eine neue Wirtschaftspolitik in Hessen vor.

A. Sofortmaßnahmen für die Konjunktur
--

Die Weltwirtschaft leidet unter den Folgen der Finanzkrise. Als offene Volkswirtschaften sind auch die Bundesrepublik und Hessen in besonderer Weise betroffen. Erste Anzeichen der Wirtschaftskrise sind bereits spürbar, die Probleme in Sichtweite sind von erschreckendem Ausmaß.

Nach Jahrzehnten der Negierung der Rolle des Staates als Wirtschaftsakteur ist angesichts der Krise seine Reputation auf dem Feld der Wirtschaft binnen Wochen wiederhergestellt. Der Staat muss zum Wohle seiner Bürger nun eine aktive Rolle bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise einnehmen. Die Zeit von Lethargie und politischer Ideenlosigkeit verbunden mit dem Verweis auf die Selbstheilungskräfte des Marktes sind vorbei. Die Sozialisierung privater Verluste bei Privatisierung von Gewinnen aus öffentlichem Handeln muss ein Ende haben.

Gleichwohl darf die Krise nicht als Einfallstor für Staatsdirigismus missbraucht werden. Deshalb sind alle staatlichen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur zeitlich befristet, zielgerichtet und finanzpolitisch nachhaltig auszugestalten. Deshalb haben investive (zielgerichtete) und darlehensorientierte (finanziell nachhaltige) Maßnahmen Vorrang. Die Dimension der Maßnahmen muss der Dimension der Herausforderung entsprechen. Weiße Salbe bringt keine Heilung – der Verzehr von sauren Äpfeln hingegen macht gesund.

1. Nachhaltige Werte - Verminderten Mehrwertsteuersatz - Privaten Konsum stärken um Konjunkturimpuls zu setzen

Das erste Halbjahr 2009 wird konjunkturell eines der schwierigsten der letzten Jahrzehnte. Auslandsnachfrage und Investitionsgüternachfrage werden ihren steilen Sinkflug, zeitlich versetzt über die Branchen hinweg, fortsetzen. Die Investitionstätigkeit leidet dabei unter negativen Erwartungen der weiteren Wirtschaftsentwicklung. Zudem sind Großprojekte aufgrund von Kreditklemme und des Klumpenrisikos schwieriger zu finanzieren.

Um diese beiden weg brechenden Inlandsproduktkomponenten aufzufangen, muss temporär der private Konsum (der zunächst als relativ stabil erwartet wird) gestärkt werden. Dazu fordern wir, besonders energieeffiziente oder klimafreundliche langfristige Konsumgüter temporär (2009 und 2010) in den verminderten MwSt-Satz von 7% zu überführen.

Im Mittelpunkt stehen dabei Autos, die bereits jetzt Grenzwerte von 150 g/km CO₂ für PKW und kleine Lieferwagen deutlich unterschritten. Die zweite wichtige Komponente bilden dabei langfristige Konsumgüter (weiße Ware), wobei dabei ausschließlich diejenigen Güter einbezogen sind, die bereits jetzt die Energieeffizienz-Anforderungen der höchsten Klasse A+ und besser übertreffen. Weitere Komponenten sind Materialien zur thermischen Gebäudesanierung (Dämmmaterial, 3fach verglaste Fenster, etc.), Wärmepumpen, Wärmetauscher, Solaranlagen (Panels), Bauteile für Windkraftanlagen, Energiesparlampen etc.

Diese Mehrwertsteuer-Senkung wird auf zwei Jahre befristet. Zum einen bietet das der Industrie die Möglichkeit, rasch noch neue Produkte auf den Markt zu bringen. Zum anderen sorgt es dafür, dass keine dauerhafte Erosion des Steueraufkommens stattfindet. Und das wichtigste: die Vorreiter für nachhaltige Produktion erhalten den Anschlag, den sie brauchen, um den Markt langfristig zu verändern.

Das Volumen dieser Maßnahme ist zugegebenermaßen nicht leicht abzuschätzen, wir gehen davon aus, dass damit 1% des Bruttoinlandsprodukts als Nachfrage zusätzlich anfällt (und nicht von der Bevölkerung in zusätzliches krisenbedingtes Sparen gelegt wird).

2. Private Investitionen schützen – Wertschöpfungspotenziale erhalten

Ein wirksames Anti-Krisen-Programm kann jedoch nicht nur an der Nachfrageseite alleine ansetzen. Wichtig ist ein ausgewogener Politik-Mix.

Auf der Investitionsseite wollen wir deshalb etwa 2% des Bruttoinlandsproduktes als zusätzliche Investitionen auslösen. Dabei sollen lediglich Investitionen gefördert werden, die wegen der Finanzkrise und der Schrumpfung des Finanzsektors nicht zustande kommen, aber unter Normalbedingungen rentabel sind wie z. B.

Infrastruktur- und Energieeffizienzinvestitionen. Dabei soll die europäische Ebene 0,5% BIP (65 Milliarden Euro), die nationale Ebene 1% BIP und (25 Milliarden Euro) und die regionale Landesebene insgesamt ebenfalls 0,5 % BIP (konkret für Hessen 1,2 Milliarden Euro) schultern.

Die Investitionen gilt es 2009 und 2010 umzusetzen und ungefähr 4,3 Milliarden Euro nach Hessen zu holen oder hier zu veranlassen. Die SPD wird deshalb die in die richtige Richtung zielenden nationalen und europäischen Programme nutzen und nach Hessen holen.

a) Eiliger Fall: Automobilindustrie

Hierbei gilt es, die grundsätzlich gut aufgestellten deutschen Töchter von US-Firmen und ihre Zulieferer soweit von den US-Müttern abzukoppeln, sodass neue Modellreihen für klimafreundliche Automobile entwickeln können und damit eine Zukunftsperspektive entwickeln, bevor sie im Sog der US-Entwicklung erst zum Krisenfall werden.

Anders als einigen führenden CDU-Politikern sind uns die Opel-Arbeitsplätze nicht egal und wenn die Europäische Investitionsbank bereit ist, die Entwicklung neuer energiesparender Fahrzeuge mit Darlehen zu finanzieren, sind wir als SPD bereit, das noch mit – zu vergütenden – Landesbürgschaften für Rüsselsheim zu unterlegen, um das Volumen zu steigern, anstatt 30.000 Arbeitsplätze in Deutschland aufs Spiel zu setzen. Wir begrüßen, dass mittlerweile auf Initiative der SPD die Bundeskanzlerin und Teile der CDU bereit sind, die Arbeitsplätze sichern zu helfen.

Wir wollen 1 Milliarde Euro dieser Darlehen nach Hessen lenken. Von der Entwicklung klimaschonender Autos sollen auch VW in Baunatal mit den dort vorhandenen Produktionsstätten im Antriebsbereich und die vielen hessischen Zulieferer wie u.a. der Conti-Konzern profitieren.

b) Bürgschafts- und Kreditprogramm für KMUs

Wir wollen die Möglichkeiten des hessischen Unternehmensstabilisierungsgesetzes nutzen, um nicht nur die Automobilindustrie, sondern auch kleine und mittlerer Unternehmen (KMU) zu stützen. Voraussetzung für die Bürgschaft durch das Land Hessen ist allerdings der Nachweis einer von der Finanzmarktkrise bedingten Kreditklemme. Weitere Voraussetzungen sind ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell und (ohne Finanzkrise) gesunde Rahmendaten. Zudem wollen wir die Kreditprogramme der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung für Hessen bestmöglich nutzen.

c) Für eine konzertierte Aktion – Sparkassen und Volksbanken

Gemeinsam mit Sparkassen und Volksbanken wollen wir regionale Investitionsprogramme kleinteilig anstoßen. Die Finanzgruppen haben deutliche Einlagenzuwächse

in der Finanzkrise zu verzeichnen, weil die Menschen mehr sparen und diesen Instituten vertrauen. Es geht dabei zu vorderst um Programme aus eigener Kraft dieser Institute in der jeweiligen Region. Wir werden diese Programme mit dem bereits angesprochenen Gründungs- und Wachstumsprogramm verzahnen sowie die Refinanzierung von Betriebsmitteln erstmals ermöglichen (und dabei europäische Angebote nutzen). Abhängig von der Bereitschaft der Banksäule sind dort bis zu eine Milliarde Euro möglich. Die Erfahrung der Sparkassen und Volksbanken und ihre regionale Verantwortung müssen gestärkt werden. Gerade in der aktuellen Krise haben sie sich bewährt.

3. Öffentliche Investitionen in zukunftsfähige Infrastruktur vorziehen: Breitband, Straße und Schiene, Flughäfen, Telematik

In Zeiten drohenden wirtschaftlichen Abschwungs muss der Staat Investitionen vorziehen und mit öffentlichen Mitteln in den Ausbau der Infrastruktur investieren. Dies löst einen doppelten wirtschaftlichen Effekt aus. Zum einen wird insbesondere die Bauwirtschaft direkt gestärkt, zum anderen wird mit einer modernen Infrastruktur die Voraussetzung für Firmenansiedlungen in besseren Zeiten geschaffen.

Für Hessen bedeutet ein solches Investitionsprogramm für eine zukunftsfähige Infrastruktur, dass insbesondere das Verkehrswege- und Datenleitungsnetz ausgebaut werden muss. Die Versorgung mit schnellem Breitbandinternet im ländlichen Raum – egal ob kabelgebunden oder über neue Funktechnologien (WiMax) - muss einen hohen Stellenwert bekommen. Hier hinkt Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich hinterher. Für die Wirtschaft der Zukunft ist die Versorgung mit ausreichend schnellen Internetanschlüssen ein wichtiger Standortfaktor. Nur so lassen sich auch innovative Wachstumspole im ländlichen Raum schaffen. Über die Förderung von Telearbeitsplätzen kann die Breitbandversorgung auch einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.

Wir wollen mit Hochdruck daran zu arbeiten, dass insbesondere die Lückenschlüsse im hessischen Autobahnnetz schnellstens umgesetzt werden. Insbesondere die Planungen der A49, A44 und A66 sind auf ihre Gerichtsfestigkeit zu überprüfen. Für den Bau hat der Bund umgehend die benötigten Finanzmittel bereitzustellen. Das Landesstraßenbauprogramm ist von derzeit 100 Mio. Euro auf 130 Mio. Euro anzuheben, um insbesondere den Sanierungsstau zu beseitigen. Auch Bund und Bahn müssen in Hessen in ein zukunftsfähiges Netz investieren. So ist die Strecke Fulda-Frankfurt als Schnellfahrstrecke auszubauen. Die ICE-Neubaustrecke Rhein-Main/Rhein-Neckar ist umgehend menschen- und umweltgerecht zu realisieren. Gleiches gilt für die Mitte-Deutschland-Schienenverbindung.

Der Ausbau des Frankfurter-Flughafens wird große Beschäftigungsimpulse auslösen, ohne dass dafür Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen. Das gilt nicht nur für die eigentliche Bauphase, sondern auch für den Betrieb des erweiterten Flughafens. Die hessische SPD stand und steht zum Ausbau des Frankfurter

Flughafens unter den Bedingungen des Mediationsergebnisses, insbesondere dem Nachflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr und wird deshalb weiter für die Umsetzung des Nachtflugverbotes – so wie es Fraport als Betreiber beantragt hat - eintreten..

Der Ausbau von Kassel-Calden ist nach Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens sowie der abschließenden Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Angriff zu nehmen, weil es eine wichtige strukturpolitische Maßnahme ist; für die konzeptionell aber noch Fragen zu klären sind. Die SPD hat dazu Vorschläge unterbreitet.

B. Neue Wachstumfelder für die Hessische Wirtschaft

1. Erneuerung durch Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Wir wollen Hessen zum Vorreiter in Sachen Erneuerbare Energien machen. Eine nachhaltige, dezentrale und klimafreundliche Energiepolitik ist unser Ziel. Neben Aspekten des Klimaschutzes bringt eine dezentrale Stromproduktion neue Gewerbesteuererinnahmen und schafft Arbeitsplätze. So wird allein in Nordhessen in diesem Bereich bis 2020 mit bis zu 20.000 Arbeitsplätzen gerechnet. Schon heute sichern wir mit Spitzentechnologien in diesem Sektor den Industriestandort Hessen.

Wir werden durch ein ‚Vorranggesetz für Erneuerbare Energien‘ die landespolitischen Hemmnisse in der Ausweitung der Erneuerbaren Energien stoppen, so dass Hessen bei der Nutzung Erneuerbarer Energien sich vom drittletzten Platz unter den Bundesländern an die Spitze setzt.

Die Forderung aus Unionskreisen jetzt die Klimaschutzbemühungen zurückzuschrauben ist der falsche Weg. Ganz im Gegenteil. Jetzt muss verstärkt in Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung investiert werden.

a) Investitionen in die Gebäudesanierung: Wir holen aus dem Bundesprogramm den größtmöglichen Anteil nach Hessen: Die CDU hat die Solarförderung in Hessen abgeschafft, Windkraft faktisch durch Planung verhindert und auf neue Atomkraft gesetzt.

Da das Energieeffizienzprogramm des Bundes via KfW deutlich aufgestockt wird, werden wir durch einen Gewinnverzicht bei der Nassauischen Heimstätte durch 0,5% Zinsanreizprogramme für Wohnungsgesellschaften in Hessen zum Einsatzland Nr. 1 für Energiesparen und alternativer Energienutzung auch und gerade im Wohnungsbereich machen - nach neun Jahren ideologischer Zurückhaltung eine überfällige Kehrtwende.

So ist beispielsweise das energetische Gebäudesanierungsprogramm des Bundes ein Beschäftigungsprogramm ersten Ranges für Mittelstand und Handwerk. Allein mit diesem Programm können nach Berechnungen des Bundesbauministeriums bis

zum Jahresende rund 170.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden. Es ist zu prüfen, ob dieses Bundesprogramm nicht auch durch landespolitische Maßnahmen flankiert werden kann und so insgesamt rund eine Milliarde Euro für die Gebäudesanierung bereitstellen können.

b) Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen: Wir setzen einen Schwerpunkt bei Kraft-Wärme-Kopplung mit vollen bzw. sehr hohen Graden der Wärmenutzung bei Kraftwerken.

Wir holen eine Milliarde Euro an Investitionen für die Gebäudesanierung und die Kraftwärmekopplung nach Hessen bzw. stoßen sie selbst an.

c) Investitionen in Wind- und Solarenergie, Geothermie und Wasserkraft: Auch hier gilt, dass moderne Steuerung die Abstimmung und Kombination mit „klassischen“ Kraftwerken ermöglicht – dezentral erzeugen, zentral steuern. Ich verweise auf unser Wahlprogramm und die einschlägigen Möglichkeiten, in Siedlungsgebieten und auf Supermarktdächern mit der Solarenergie und entlang von Autobahn- und Eisenbahntrassen von Windenergie.

Wir holen damit 0,5 Milliarden an Investitionen nach Hessen.

2. Erneuerung braucht neue Förderinstitute: Es ist auch zu begrüßen, wenn der Bund die Risikohaftungsprodukte mit der KfW für kleinere und mittlere Betriebe ausweitet. Wir verschmelzen deshalb die IBH auf die LTH, beseitigen die unsinnige Zersplitterung der hessischen Förderbanken, verdoppeln das hessische Gründungs- und Wachstumsfinanzierungsprogramm, um beides zu kombinieren. Damit holen wir 0,4 Milliarden Euro an Investitionen nach Hessen. Es gilt, die chronische Unterausnutzung von Bundes- und Europaprogrammen in Hessen zu beenden.

Durch die Verschmelzung der IBH auf die LTH stärken wir zudem die Helaba und den öffentlichen Bankensektor insgesamt. Aus dem dabei frei werdenden Eigenkapital finanzieren wir die Maßnahmen für die Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU).

Zur weiteren Stärkung der Helaba sind wir bereit, aus den zusätzlichen Erlösen der stillen Einlagen des Fördervermögens – die die CDU leider im Haushalt „versenken“ will, obwohl sie für Förderung zweckgebunden sind – die Hälfte als neue stille Einlage in die Helaba (gegen wie immer angemessene Verzinsung) zu geben, um sie auch in schwierigen Zeiten zu stärken und Kreditvergabe in der Region auszuweiten.

3. Erneuerung des öffentlichen Bankensektors – Landesbank stärken

Die Verhandlungen um eine eigene Kooperation zwischen Helaba und WestLB wurde vor ca. einem Jahr abgebrochen. Angesichts der neuen Papiere der

Sparkassenorganisation auf Bundesebene, die das Gegenteil fordern, ist es Zeit für einen neuen Anlauf, um zu prüfen, ob die Helaba, auch im Interesse des Bankenplatzes Frankfurt, Teile der WestLB übernimmt. Voraussetzung aus unserer Sicht ist dabei, dass der erfolgreiche Weg der Helaba, insbesondere das regionale Geschäft, mit dem oberen Teil der mittelständischen Unternehmen zu erschließen und auch über die Frasca eine Direktbank zu betreiben, die neue Anlagen anzieht, nicht aufs Spiel gesetzt wird. Selbstverständlich dürfen keine Verpflichtungen für die Helaba aus den Geschäften der WestLB entstehen.

4. Finanzplatz Frankfurt stärken und auf den Märkten der Zukunft positionieren

Im Steinbrück-Papier zur Finanzmarktkrise und sozialdemokratischen Antworten darauf, an dem sechs Hessen mitgearbeitet haben, findet sich vieles, das nur in Hessen am Bankenplatz Frankfurt und mit Unterstützung einer hessischen Landesregierung umgesetzt werden kann.

Viele Produkte, wie der Handel von Krediten, bedürfen zukünftig der Regeln und einer laufenden Kontrolle, die sehr zweckmäßig in Börsenplattformen umgesetzt und mit Qualitätsmerkmalen versehen werden können. Das werden wir für Kredite in Frankfurt tun und damit das dezentrale Bankensystem in Deutschland stützen.

Die engere institutionelle Verzahnung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und mit der Bundesbank, die das Papier fordert, kann sinnvoll nur in Frankfurt erfolgen, die SPD bietet ausdrücklich dabei Unterstützung an und wird in einer Landesregierung dafür auch die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen schaffen. BaFin und Bundesbank müssen zusammengefasst werden. Die BaFin hat die Macht, die Bundesbank die Reputation und das Know How. Prüfungen müssen insbesondere bei den Großbanken ausgebaut werden.

Genauso wie die Umsetzung des Rettungspakets mit der SOFFIN (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierungsanstalt, neue Agentur des Banken-Rettungspakets) sinnvollerweise in Frankfurt erfolgt, können die erweiterten Befugnisse der Aufsichtskollegien bei international tätigen Banken nur sinnvoll in Frankfurt für Deutschland umgesetzt werden. Auch hier wird eine SPD-geführte Landesregierung helfen.

Für neue Produktklassen, wie dem Handel von Klimazertifikaten werden wir Frankfurt ausbauen und die Börse bitten, Handelsplätze einzurichten. Sollte sie das nicht umsetzen, werden wir über die landesgesetzlichen Möglichkeiten solche Plattformen neu schaffen.

5. Öffentlich-Private Partnerschaften neu beleben: In Zeiten der Krise werden viele sinnvolle Infrastrukturprojekte – wie z. B. Public Private Partnerships, aber auch andere – gefährdet sein, weil für schrumpfende Banken das Kreditvolumen schwer zu schultern ist. Um zu vermeiden, dass Ausweichaktionen wie „cross-

border-leasing in neuem Gewand (wobei sich die alten wegen der Krise der Kreditversicherungen für die Kommunen noch meist als kostspielige Abenteuer herausstellen werden) wiederkehrt, werden wir deshalb verstärkt (kostendeckende) Staatsbürgschaften einsetzen. In Zeiten der Krise sind klassische Finanzierungsmodelle die schnellsten und die besten. Damit entblockieren wir 0,4 Milliarden Euro.

6. Erneuerung braucht Mittelstand und Fachkräfte: Mittelständische Unternehmen müssen wieder im Zentrum der Wirtschaftsförderungspolitik stehen. Alle Aktivitäten der Wirtschaftsförderung – von der Neuordnung der Fördereinrichtungen bis zu den einzelnen Förderprogrammen – müssen auf kleine und mittlere Unternehmen zugeschnitten werden. Die Bildungspolitik der Landesregierung wird auch darauf ausgerichtet sein, den großen Bedarf dieser Unternehmen an gut ausgebildeten Fach- und Führungskräften zu decken sowie lebenslanges Lernen zu fördern. Unternehmen und Land tragen für die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam Verantwortung – gerade auch im dualen Ausbildungssystem.

Wir werden neben einer Gründungsförderung auch die bereits bestehenden Betriebe stärken. Jährlich brauchen in Hessen ca. 5000 Betriebe wegen Generationswechsels neue Eigner oder Geschäftsführer. Hiervon sind ca. 30.000 Arbeitsplätze betroffen. Mit entsprechenden Förder- und Beratungsstrategien können viele Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.

7. Innovationen brauchen Forschung und Technologietransfer: Für eine nachhaltig positive Wirtschaftsentwicklung unseres Bundeslandes müssen die Technologiepolitik des Landes und der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen deutlich verbessert werden. Bei den Aufwendungen für die Technologiepolitik liegt Hessen im Bundesvergleich hinter den anderen großen Flächenbundesländern.

Vorrangiges Ziel ist die Stärkung des operativen Technologietransfers durch regionale Transferzentren. Technologie- und Wissenstransfer müssen außerdem bei den Hochschulen einen höheren Stellenwert erhalten. Die bestehenden Strukturen innerhalb der Hochschulen sollen auf ihre Wirksamkeit untersucht und weiterentwickelt werden. Die Landesregierung wird die Kooperationsstellen zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft verbessern. Die Transferzentren können auch eine wesentliche Gestaltungsrolle beim Aufbau des Clustermanagements spielen.